

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Veranstaltung
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

N. 9.

Freitag, 12. Januar 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Zwickau, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastanienstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Auf Fol. 253 des Handelsregisters für den Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts ist heute das Erlöschen der Firma

Bähler & Wallbaum

in Riesa verlaublich worden.

Riesa, den 11. Januar 1894.

Königliches Amtsgericht.

J. A.: H. Dehm.

Im Grundstücke der Firma **Bähler & Wallbaum in Neu-Weißa** kommen **Dienstag, den 16. Januar 1894, von Vormittag 10 Uhr an**, eine Anzahl Bretter, Stangen und Vatten, Mauer- und Verblendziegel, alte Sandstein- und Fenstergerände, ca. 30 Kubikmeter Bruchsteine, Rüstböcke, Leitern, Kalkkasten, 1 Posten gelöschter Kalk, 1 Karre, 1 Bauwunde und 80 Stück Rüstbretter gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, 10. Januar 1894.

Der Ger.-Vollz. des Königl. Amtsgerichts.

Sehr. Eldam.

Vom Reichstag.

Gestern beschäftigte sich der Reichstag zunächst mit der ersten Lesung des Handelsprovisoriums mit Spanien und bemerkte dabei Abg. Rickert (fr. Vgg.), die Vorlage sei durchaus korrekt. Zutünftig müßten jedoch derartige abnorme Fälle vermieden werden. Man müßte geleglich festlegen, daß solchen Staaten, die deutsche Waaren nicht ungünstiger behandeln, als Waaren dritter Staaten, durch kaiserliche Verordnung die Meistbegünstigung gewährt werden kann. Das Handelsprovisorium wird hierauf in erster und zweiter Lesung angenommen und die bezügliche Indemnität erteilt. Bei der nun folgenden ersten

Verathung des Tabaksteuergesetzes

erklärte Staatssekretär Graf v. Podaworsky, die Forderung der Finanzen, vor dem Tabaksteuergesetz zunächst den Getreidezoll, den Petrolzoll und andere Lebensmittelsteuern aufzuheben, würde einen Ausfall von 260 Millionen ergeben und eine dementsprechende Erhöhung der Matricularbeiträge, sowie eine bedeutende Erhöhung der Einkommensteuer der Einzelstaaten herbeiführen. Das Nationalvermögen Deutschlands sei weit weniger mit indirekten Steuern belastet, als dasjenige anderer Staaten. Der Belastung der ärmeren Klassen mit indirekten Steuern steht die Entlastung in Folge Verbilligung der Massenartikel durch die Handelsverträge und in Folge der sozialen Gesetzgebung gegenüber. Die Arbeiterlöhne sind in größerem Verhältnisse gestiegen, als die Steuerbelastung. Die Steuern dienen zur Erhöhung der Streitkräfte und dadurch zur Erhaltung des Friedens. Hieran sind die Arbeiter ebenso betheiligt, wie die Fabrikbesitzer. Jetzt heißt es schon, die mittleren Klassen sollten nicht mehr belastet werden. Gehe man alles auf die direkte Besteuerung, so würden die wohlhabenden Klassen auswandern. Die Reichseinkommensteuer könne nur realisiert werden auf Grund einer einheitlichen Einschätzung in den Bundesstaaten, die ihre letzte Instanz in den Bundesstaaten selbst hätte. Andererseits könne als letzte Instanz für die Reichseinkommensteuer eine Reichs-Zentralbehörde bestehen. Das ergebe eine unerträgliche Disparität im Reiche und in den Einzelstaaten. Man wäre gezwungen, die gesammte Steuer-gesetzgebung der Einzelstaaten aufzuheben und in den Einzelstaaten nur Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben. Damit nehme man den Einzelstaaten das oberste Recht der Steuererhebung und degradire sie zu Provinzen des Reiches, was einer Mediatisirung gleichkäme. So bleibe nur der Weg der indirekten Besteuerung. Die Tabakindustrie sei eine weitverzweigte und einflussreiche; das habe er zu seinem Leidwesen erfahren. Einige Industrielle geben zu, der Tabak könne mehr bringen; die Disziplin sei aber so stark, daß keiner aus der Reihe springe. Die Tabakindustrie habe eine wohlgefüllte Kriegskasse zum Kampfe; der Bundesrath lasse sich aber nicht irren machen. Es sei unmöglich, daß die Tabakindustriellen ihre Rechte maßvoll vertreten hätten. So heiße es in der Broschüre „Von der Tabaksteuer“: Gelegenheit macht Diebe. Ferner werde behauptet, die Defraudation werde so zunehmen, daß man für die Tabaksteuerdefraudanten ein eigenes Gefängnis bauen müßte. Es werde als nationale Aufgabe bezeichnet, gegen die Tabaksteuer zu agitiren. (Sehr richtig! links.) Die „Süddeutsche Tabakzeitung“ sagt, die Tabaksteuer sei ein sozialistisches und kommunistisches Agitationsmittel. Er freue sich, daß wenigstens ein Industrieller diese Agitation brandmarke. Wir wären weiter gekommen, wenn uns die Industrie die Hand geboten hätte. Es entspreche der Gerechtigkeit, den Tabak, der nur ein Genussmittel sei, höher zu besteuern. Selbst die trägen Massen der Raucher dienten zur Agitation. Jeder Schusterlehrling werde zur Unterschrift der Petitionen gegen das Gesetz herangezogen.

Abg. Frick (G.) glaubt nicht, daß die Vorlage Ge-

schick wird. Die Ausführungen des Staatssekretärs gegen die Reichseinkommensteuer seien ein Kampf gegen Windmühlen, da eine solche Steuer doch nicht angenommen würde. Die Tabakindustrie sei in den letzten 24 Jahren in Deutschland fortgesetzt beunruhigt worden, wie keine andere. Man könne den Interessenten ihre Agitation nicht verdenken. Der Tabak sei ein ebenso unentbehrliches Genussmittel wie der Kaffee; das habe sich im Kriege gezeigt. Die 5-Pf.-Cigarre werde später mindestens 6 Pf. kosten. Die Steuer auf Kautabak treffe nur die unteren Stände. Die Tabakindustrie beschäftige gegen 160000 Personen. Die Folge des Gesetzes werde sein, daß die Großbetriebe einen Theil der Kleinbetriebe aufsaugen. Gerade das inländische Fabrikat werde von dem Konsumrückgang am schwersten getroffen; also leide auch der Tabakpflanzer. Beschädigt würden auch die Hilfsgeräthe und die Geschäfte, die den Tabak als Nebenartikel führen. Wenn man von der absoluten Unmöglichkeit der Wertsteuer spreche, müßte man den ganzen Zolltarif abändern. Die Tabaksteuer werde höchstens 40 Millionen aufbringen, aber die Klagen-gegenstände verschärfen und die Socialdemokratie fördern. Das Centrum lehne die Tabaksteuer in der jetzigen Form ab. Man verzichte damit allerdings auf die Finanzreform; diese werde aber schon durch das Fallen der Weinsteuer unmöglich. Die Schaumweinsteuer erbringe höchstens 5 Millionen, die Vorkostensteuer etwa 25 Millionen. Durch Heranziehung des Kunstweins und aus der Erhöhung des Tabakzolltarifs könnte man noch 5 Millionen herausbekommen, also insgesamt 35 Millionen. Die Militärvorlage beanspruche im laufenden Jahre 42 Millionen. Ich würde die fehlenden 7 Millionen lieber durch Erhöhung der Matricularbeiträge, als durch Erlass einer Tabaksteuer bewilligen.

Abg. Frick (G.) meint, wenn die Vorlage abgelehnt würde, komme sicher ein Monopol. Die Steuer belastete die ärmeren Klassen gar nicht, den Mittelstand wenig, die Reichen am meisten und gewähre der Landwirtschaft großen Vortheil. (Lachen links.) Redner bestreitet, daß die Begrenztheit unter den Pflanzern so allgemein ist, wie behauptet wird. Die Forderung einer weiteren Erhöhung des Schutzzolles gehe zu weit. Er bestreite, daß der Tabakarbeiter wirklich entlassen werden müsse und daß der Konsum zurückgehen werde. Man werde eben geringere Sorten rauchen und der Pfeifentabak werde beliebter werden. Die Militärvorlage müsse geduldet werden. Die Reichseinkommensteuer sei unmöglich; die Matricularbeiträge dürften nicht ins Ungemessene wachsen; die Aufhebung der Viebesgabe wäre ein Wortbruch gegen die Landwirtschaft. Wenn es ein Steuerideal gäbe, so sei dies die Tabakfabriksteuer. (Lachen.)

Abg. Bassemann (natl.) erklärte, ein Theil seiner Partei erachte die Vorlage für annehmbar, der andere Theil befürchte durch die Vorlage eine schwere Schädigung der Industrie. Die Bedenken der letzteren entstammen allgemeinen politischen Gründen sowie Rücksichten auf die Tabakindustrie. Die Regierung habe die schwächeren Schultern schonen wollen, hätte sie dies nicht erklärt, so wäre die Militärvorlage abgelehnt worden. Zur Deckung der Militärvorlage werde man doch auf die Matricularbeiträge zurückgreifen müssen. Die Nationalliberalen hätten eine Luxussteuer, eine Wehrsteuer, eine Reichseinkommensteuer, eine Reichserbschaftsteuer gewünscht. Die Konsumsteuern dürften nicht vermehrt werden. (Beifall links.) Die Tabakfabriksteuer bedeute eine Belastung von 70 Prozent der ärmeren Bevölkerung, der Konsum werde zurückgehen in demselben Maße, wie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechterten. Darunter würden gerade die kleineren Betriebe leiden. Der Tabakarbeiter arbeite sich häufig zum kleinen Fabrikanten empor. Solche Verhältnisse sollte man schonen und nicht den Großbetrieb begünstigen. Eine große Anzahl der Arbeiter müßte sicherlich entlassen werden. Auch

für die Tabakbauern sei das Gesetz unannehmbar, denn deren Lage werde bei ungenügendem Zollschutz immer schlechter. Die Cigarren und der Rauchtobak müßten gleich behandelt und der alte Zollsatz von 85 Pf. wieder hergestellt werden. Die unausbleibliche Folge der Tabaksteuer werde das Aufkommen der Unzufriedenheit in der Landwirtschaft und Industrie sein. Er und seine Freunde seien aber bereit, der Regierung durch Erhöhung des Zollsatzes aus dem Tabak Mehreinnahmen zu verschaffen. Hierauf vertagte das Haus die weitere Verathung auf Freitag 1 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser hat, wie verlautet, den Reichskanzler anlässlich der in der Presse gegen ihn erhobenen Angriffe in der letzten Zeit wiederholt seines besonderen Vertrauens versichert und ihm als äußeres Zeichen seiner Anerkennung mehrere im kaiserlichen Privatbesitz befindliche kostbare Gemälde zur Ausschmückung der Reichspräsidentenräume des Reichskanzler-Palastes überreichen lassen. Wie Graf Caprivi die politische Lage selbst auffaßt, kann man daraus entnehmen, daß er neulich einen Vertrag abgeschlossen hat wegen gänzlicher Umgestaltung seines Gartens, eines der größten Gärten Berlins. Er hofft also wenigstens den Sommer über noch das Amt des Reichskanzlers zu behalten.

Major v. Wismann ist von Mozambique, wo er am 12. Dezember eingetroffen war, nach Wien gefahren, wo er wie verlautet, noch krank darniederliegt.

Im neuen sozialdemokratischen Wandkalender sind die Namen der Genossen, die als besondere Heilige gelten, jetzt fett gedruckt worden, die Todestage von Schiller und Goethe sind gelöscht, dafür aber die Todestage Mendelssohn's und Adenau's, sowie verschiedener sonst unbekannter sozialdemokratischer „Dichter“ eingetragen worden. Das mit möglicher „Fügigkeit“ das am 9. Dezember verübte Bombenattentat Baillants registriert ist, kann nicht Wunder nehmen; seltsamer muthet schon die Thatfache an, daß — eine Neuerung pro 1894 — der Todestag eines „Geringeren“, als des ehrenwerthen Sir Morell Madenzie in dem sozialdemokratischen „Geschichtskalender“ einen Platz gefunden hat. Nicht weit davon figurirt der Todestag des Herrn Bleichröder. . . . Im Januar liest man jetzt schon statt des früheren einzigen Kaster's fünf jüdische Heilige. . . . So wird die Kalendarie der Socialdemokratie immer vollständiger und immer verjüngter.

Die „Post“ schreibt: In den letzten Tagen wurde davon gesprochen, die Emission der neuen Deutschen Reichsanleihe und Preussischen Konjols stehe schon unmittelbar bevor. Nach unseren Informationen haben bisher weder über den Zeitpunkt der Emission, noch über die Höhe des Gesamtbetrages irgend welche Verhandlungen stattgefunden, da ein dringendes Geldbedürfnis weder für das Reich, noch für Preußen vorliegt. Jedenfalls wird wieder eine gemeinschaftliche Emission beider Anleihen stattfinden. In Börsenkreisen bezeichnet man es als zweckmäßig, daß man sich die gegenwärtige Geldlosigkeit zu Nutze mache und die Emission der Anleihen nicht zu weit hinauschiebe.

Dem „Bayr. Kur.“ geht von zuständiger kirchlicher Seite die bestimmteste Bestätigung von der rechtskräftig erfolgten Civil- und kirchlichen Trauung der Prinzessin Elisabeth mit dem Baron Seefried zu. Die katholische Kindererziehung wurde zugesichert.

Eine bedeutende Aenderung in der Kolonial-Angelegenheit scheint der „Kreuz-Ztg.“ zufolge bevorzustehen. Dem Vernehmen nach finden Erhebungen darüber statt, die Kolonial-Abtheilung vom Auswärtigen Amte zu trennen und sie dem Reichs-Marineamt zuzutheilen. „Es könnte vielleicht gute Folgen haben — meint das genannte Blatt — wenn